

## »Wir können uns die Bürgernähe nicht mehr leisten«

Berchtesgaden: (14. Mai 2005) »Bürgernähe ist teuer - zu teuer in der heutigen Zeit«, sagt Dr. Hans Gugg. Mit der Zusammenlegung der fünf Gemeinden zu einer Großgemeinde Berchtesgaden erhofft sich der Berchtesgadener finanzielle Einsparungen. Zusammen mit Armin Nowak hat er deshalb das Bürgerbegehren »Eine Gemeinde im südlichen Landkreis Berchtesgadener Land« ins Leben gerufen. Das hat die erste Hürde bereits überstanden und mündet nun in allen fünf Gemeinden in Bürgerentscheide. Zu ihren Beweggründen für das Projekt und zur weiteren Vorgehensweise äußerten sich Dr. Hans Gugg (77) und Armin Nowak (44) im Gespräch mit dem »Berchtesgadener Anzeiger«.



Armin Nowak (l.) und Dr. Hans Gugg sind überzeugt, dass eine Großgemeinde Berchtesgaden weniger Finanzsorgen hat als fünf kleine Gemeinden. Anzeiger-Foto

Mit etwas über zehn Prozent haben Sie in allen fünf Gemeinden die für einen Bürgerentscheid erforderliche Anzahl an Unterschriften gesammelt. Ihr selbst gestecktes Ziel von mindestens 20 Prozent haben Sie damit aber verfehlt.

Armin Nowak: In Anbetracht der geringen Geldmittel, die uns zur Verfügung standen, war es dennoch sehr erfolgreich. Mit starken Sponsoren hätten wir die 20 Prozent locker geschafft.

Warum hängt der Erfolg so stark von den Geldmitteln ab?

Nowak: Weil man nur mit entsprechender Werbung die Leute bewegen kann, zur Wahl zu gehen. Es ist aber vorteilhaft und ein gutes demokratisches Zeichen, dass auch unsere Gegner den Bürger zum Wahlgang aufrufen. Von daher ist auch eine mögliche Gegenwerbung eine Werbung.

Die Resonanz auf Seiten der Bürger war ja bislang eher gering. Woran liegt es?

Dr. Hans Gugg: Es reicht halt nicht, den Leuten einmal etwas zu sagen, sondern man muss es zehnmals tun, bevor wirklich darüber nachgedacht wird. In Zeiten der Reizüberflutung tun wir uns mit unseren Reformwünschen natürlich hart.

Nowak: Dazu kommt noch eine gewisse Politikverdrossenheit, die auch die Parteien spüren. 50 Prozent interessieren sich halt gar nicht für politische Themen, das ist traurig.

Auch aus den Rathäusern, in denen bekanntlich viele Gegner einer Gemeindezusammenlegung sitzen, kam bislang wenig Gegenwind.

Nowak: Wir wollten ja auch immer die Gegenargumente hören. Denn nur wenn wir die haben, wissen wir, worauf wir eingehen müssen. Da gab es bislang halt nur sehr wenige Äußerungen. Auf der Berchtesgadener Bürgerversammlung hörte ich das erste echte Gegenargument bezüglich der Unterhaltung der Kreisstraßen. Wenn die Gemeinden diese übernehmen, soll sich das angeblich nicht auf die Kreisumlage auswirken, was ich mir nicht vorstellen kann. Es müssen ja auch Gegenargumente da sein, weil es keine Sache geben kann, die nur positiv ist. Aber man muss halt sagen, dass hier die Vorteile überwiegen.

Was sind denn die Vorteile?

Nowak: Ersparnisse durch effiziente Verwaltung, bessere Förderung des Tourismus oder dass man sich untereinander nicht mehr bekämpft wie vorübergehend bei der Watzmann Therme.

Dr. Gugg: Mir geht es vor allem darum, in der Bevölkerung ein neues Wir-Gefühl zu schaffen. Wenn ich lese, dass die Ramsau praktisch zahlungsunfähig ist, dann ist es doch ein Alarmzeichen. Wenn es der Ramsau schlecht geht, dann geht es auch uns in Berchtesgaden schlecht. Wir sitzen alle in einem Boot und ziehen alle an einem Strang. Wenn wir das erreichen, dann ist alles andere ein Selbstgänger.

Sie sagen Wir-Gefühl, Herr Dr. Gugg. Sie waren aber doch selbst immer ein großer Kritiker des Fremdenverkehrsverbands, haben sogar einmal den Austritt Berchtesgadens gefordert. Jetzt wollen Sie aber doch wieder die Zusammenarbeit, das ist doch eigentlich gegensätzlich.

Dr. Gugg: Eben nicht, ich möchte, dass der Fremdenverkehrsverband überhaupt abgeschafft wird. Ich möchte, dass künftig ein Gemeinderat beschließt, ein starker Bürgermeister diese Beschlüsse formuliert und diese ganzen umständlichen Verfahrensweisen mit Fremdenverkehrsverband, Hauptschulverband, Friedhofsverband, die nur ein Hindernis darstellen, endlich verschwinden. Das ist alles ein großer Hemmschuh. Und wenn die Haushalte am Ende sind, dann müssen wir sehen, dass die Geschichte wieder auf die Reihe kommt.

Warum aber soll man in einer Großgemeinde besser zusammenarbeiten als im Fremdenverkehrsverband, dessen Arbeit in den letzten Jahren ja von vielen Streitigkeiten geprägt war?

Dr. Gugg: Das ist dann ja kein Zusammenarbeiten mehr, da gibt es nur noch ein Beschlussgremium und nicht mehr zehn. Die Interessenlage und die Finanzausstattungen der Gemeinden sind ja unterschiedlich. Da ist es logisch, dass es immer wieder zu Reibereien kommt, für die der Bürger im Grunde kein Verständnis hat.

Wer sagt Ihnen, dass künftig den Schönauern nicht eine Schornbadsanierung wichtiger ist als den Bischofwiesern eine Erneuerung ihres Verwaltungsgebäudes, wenn es das dann noch geben sollte?

Dr. Gugg: Natürlich keiner. Aber das ist halt eine Frage des Beschlusses eines Gemeinderats. Was dort

ausdiskutiert und beschlossen wird, muss dann umgesetzt werden - aus und fertig. Da werden die Dinge nicht zerredet. Ich bin ja durchaus auch für Bürgernähe, aber wenn es brennt, dann können wir uns diesen Luxus der Bürgernähe halt nicht mehr leisten.

Nowak: Wir machen das Ganze ja auch für unsere Kinder, die eine bessere Zukunft haben sollen. Die Ausbildungsmöglichkeiten sollen verbessert, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Jugendlichen sowie Familien mit Kindern im Berchtesgadener Talkessel bleiben können.

Warum soll es in einer Großgemeinde mehr Arbeitsplätze geben?

Nowak: Weil sich dann möglicherweise mehr Firmen hier ansiedeln werden als das bisher der Fall war. Bislang kam bei solchen Wünschen doch immer die Geografie ins Spiel. Wenn die Firmen künftig nur einen einzigen Ansprechpartner haben, wenn ein Mitarbeiter der Kommune nur für Gewerbeansiedlungen zuständig ist, dann gibt es eine viel bessere Betreuung. Schließlich gehören ansiedlungswillige Firmen an die Hand genommen und genauso gepflegt wie ein Kurgast.

Bei den Bürgern gibt es immer noch große Unsicherheit bezüglich der Veränderungen, die eine Großgemeinde bringen würde. Sie haben bislang zwar viele statistische Zahlen genannt, vermisst werden aber klare Aussagen über die Zukunft der Rathäuser, von Feuerwehren, Bädern und anderen kommunalen Einrichtungen.

Dr. Gugg: Wir können hier auch keine Aussagen machen, weil wir keine Fachleute in Bezug auf die kommunale Verwaltung sind. Außerdem ist es Sache des neuen Gemeinderats, zu beschließen, was dann passiert. Dazu haben wir gar nicht die Kompetenz.

Auf Kritik stößt auch die zunehmende Zentralisierung, siehe als jüngstes Beispiel das Arbeitsamt. Sie streben ja auch eine Art Zentralisierung an, warum soll die ausgerechnet Vorteile bringen?

Nowak: Das muss man schon differenzieren, es ist ja eine Zentralisierung im Kleinen. Da geht es nur um den südlichen Landkreis.

Dr. Gugg: Zentralisierung ist eigentlich das falsche Wort, es geht nur um Zusammenarbeit. Man könnte ja beispielsweise auch einmal wöchentlich an dem einen oder anderen Ort einen Sprechtag abhalten. Die Möglichkeiten, die der Bürger auf der Gemeinde hat, sind ohnehin minimal, jede Kommune hat ja mittlerweile auch einen Internetanschluss. Der Tag wird kommen, an dem der Bürger gar nicht mehr persönlich ins Rathaus muss, sondern alles über das Internet läuft.

Sie haben ja auch einmal als Grund für Ihre Initiative ein stärkeres politisches Gewicht im Kreistag angegeben. Derzeit ist der südliche Landkreis mit 19 von 60 Kreisräten aber ohnehin schon recht gut vertreten.

Nowak: Es waren schon einmal 25, wobei sich aber die Anzahl aufgrund der Großgemeinde natürlich nicht erhöht. Es geht vielmehr um das Auftreten, weil ein Bürgermeister einer Gemeinde mit 23 000 Einwohnern natürlich ungleich größere Macht hat. Man muss aber sagen, dass die meisten Leute ja Listenwähler sind und die Parteien mit der Listenaufstellung bestimmen, wer ins Gremium kommt. Wenn viele Kandidaten aus dem südlichen Landkreis vorne stehen, dann kommen die auch in den Kreistag.

Ausgerechnet die kleine Gemeinde Marktschellenberg hat ja jüngst einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Das spricht ja eher gegen eine Großgemeinde.

Dr. Gugg: Dafür ist die Ramsau ja fast zahlungsunfähig. Und wenn in Schönau am Königssee einmal aus irgendeinem Grund die Parkplatzgebühren wegfallen sollten, dann ist auch diese Gemeinde in Schwierigkeiten. Wir sollten es uns abgewöhnen, kleinräumig zu denken. Wenn es einer Gemeinde schlecht geht, dann geht es auch der anderen schlecht. Im Übrigen richten sich unsere Bestrebungen nicht gegen den nördlichen Landkreis oder gegen jemanden anderen. Wir sind ausschließlich für Berchtesgaden da. Es stimmt nicht, wie unsere Gegner es uns vorwerfen, dass wir Gegensätze zwischen Nord und Süd aufbauen wollen. Zwar üben wir Kritik, machen aber grundsätzlich keinerlei Schuldzuweisungen. Niemand wird ja auch den Ramsauer Bürgermeister dafür verantwortlich machen, dass seine Gemeinde praktisch zahlungsunfähig ist.

Nowak: Wir wollen den Bürger ja auch gar nicht zu seinem Glück zwingen, deshalb diese demokratische Abstimmung. Wir hoffen auf eine sehr hohe Wahlbeteiligung - und wenn eine Gemeinde nein sagt, dann können wir damit leben.

Das heißt, wenn das Bürgerbegehren abgelehnt wird, dann ist für Sie die Sache endgültig vom Tisch und es gibt nicht in zehn Jahren einen neuen Anlauf?

Dr. Gugg: Man weiß nicht, was unsere Kinder oder Enkelkinder einmal machen. Für mich jedenfalls ist dann Schluss.

Und welche Rolle übernehmen Sie, wenn der Bürgerentscheid zu Ihren Gunsten ausfällt?

Dr. Gugg: Dann ist unser Teil ebenfalls erledigt. Ich will weder Bürgermeister noch Gemeinderat werden.

Wie geht es bis zur Abstimmung weiter?

Nowak: Wegen der kurzen Zeit werden wir möglicherweise nur noch eine Großveranstaltung organisieren können. Wenn wir Glück haben, macht uns sogar das Bayerische Fernsehen diese Veranstaltung im Rahmen des »Bürgerforums«. Ulli Kastner

Fenster schliessen